

Niederschrift

zur 31.Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 26.04.2007	18:00 - 19:20 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

Anwesenheit

Fraktion Die Linke. PDS Fürstenwalde

Fiedler, Monika
Gollmer, Martin
Meinl, Maria
Nachtigall, Lothar
Paschek, Helga
Reibsch, Heike
Sachse, Gerold
Wobring, Karsten

CDU-Fraktion

Koch, Uwe
Lachmann, Hans-Joachim
Lehmann, Karin
Petenati, Wolfgang
Pohl, Heiko
Römer, Marion
Teichmann, Jürgen

SPD-Fraktion

Bluschke, Helga
Hemmerling, Rita
Knopf, Werner
Luban, Jürgen
Schulze, Roland
Wagner, Elke

FDP-Fraktion

Hoffrichter, Lothar
Ksink, Reinhard
Rudolph, Waltraud

Bündnis 90/Die Grünen

Czerwinske, Inge
Zänker, Jens-Olaf

Bürgermeister

Reim, Manfred

Verwaltung

Arnold, Andrea
Daske, Bernd
Fellner, Anne
Hengst, Ulrich
Hoffmann, Ulrich
Roch, Jürgen

Abwesend

Fraktion Die Linke. PDS Fürstenwalde

Grasnick, Jürgen

CDU-Fraktion

Hilke, Rolf
Lohaus, Ursula

SPD-Fraktion

Alter, Elisabeth

FDP-Fraktion

König, Lutz

Verwaltung

Politz, Andreas
Schickert, Andrea

TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass die Ladungen fristgemäß erfolgt sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Von den 31 Abgeordneten sind 26 und der Bürgermeister anwesend.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 29. Sitzung

Die Niederschrift der 29. Sitzung wird bestätigt. Einwände zur Niederschrift liegen nicht vor.

Zustimmung Ja 25 Enthaltung 2

TOP 3 Anträge zur Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung werden zusätzlich die Drucksache 4/456 und die Auflösung der AG „Sozialpass“ mit aufgenommen. Die Drucksache 4/456 wird als TOP 8.4. und die Auflösung der AG „Sozialpass“ als TOP 8.5. behandelt.

Der TOP 8.1. – Bestätigung des Haushaltsplanes 2007 wird abgesetzt und zur Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09.5.2007 beraten. Die kurzfristig eingebrachten Anträge der Linkspartei. PDS werden auch zur Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09.5.2007 mit in die Tagesordnung aufgenommen.

Zustimmung Ja 27

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird in der geänderten Fassung bestätigt und abgearbeitet.

Zustimmung Ja 27

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung gibt bekannt, dass die Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Bestätigung des Haushaltes 2007 am 09.5.2007, 18.00 Uhr im Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ stattfindet.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert zu folgenden Schwerpunkten:

- 18. Gedenkfeier der Initiativgruppe des Internierungslager Ketschendorf am 28.4.2007
An der Mahn- und Gedenkfeier der Opfer des Lagers in Ketschendorf nimmt auch die Ministerin für Kultur- und Wissenschaft, Frau Prof. Wanka, teil und wird auch die Gedenkrede halten.
- Am gleichen Tag wird zur Pflege des Gedenksteins für das Außenlager des KZ Sachsenhausen aufgerufen. Der Bürgermeister lädt dazu herzlich ein.
- Neueröffnung des Museums am 11.5.2007 ab 15.00 Uhr. Um 16.00 Uhr wird der Ministerpräsident Mathias Platzeck erwartet, der feierlich den Schlüssel zur Eröffnung des Museums übergibt. Dazu sind alle FürstenwalderInnen herzlich eingeladen.
- Dank für die Vorbereitungen des alljährlichen Frühjahrsputzes unter dem Motto „Putzmunter“, aber vor allem geht an die ein Dankeschön, die an der Aktion tatkräftig mitgewirkt haben.
- Die Mitarbeiter der Verwaltung der Stadt Dormagen haben vom 20.4. – 21.4.2007 eine zweitägige Arbeitstagung in unserer Stadt durchgeführt.
- Zum Europatag am 05.5.2007 Besuch in Reinheim zum 25-jährigen Jubiläum des Partnerschaftsvereins zwischen der Stadt Reinheim und Fürstenwalde.
- Tag des offenen Unternehmens am 12.5.2007 in der Zeit von 10.00 bis 13.00 Uhr. Beteiligung von 19 Firmen auf dem Gewerbegebiet Pintsch, weitere 8 Unternehmen in der übrigen Stadt. Dazu wurde ein Flyer erarbeitet und herausgegeben.
- Fürstenwalder Frühlingfest vom 25.-27.5.2007

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Frau Haase, Anwohnerin der Saarower Straße 42

Ihr Anliegen bezieht sich auf eine Nutzung des bestehenden Gebäudes auf dem Grundstück in der Friedensstraße 22, als Wohngrundstück. Das Grundstück liegt nördlich der Autobahn. Damit verbunden wäre eine Änderung des Flächennutzungsplanes.

Das zweite Anliegen der Frau Haase bezieht sich auf den Obdachlosen Bürger, der sich in Fürstenwalde Süd aufhält.

Der Bürgermeister, Herr Reim, bemerkt zum ersten Anliegen, dass es Gesetzlichkeiten gibt, die durch die Stadt zu beachten sind, um solche Entscheidungen zu treffen. Der Antrag von Frau Haase wird von der Verwaltung aufgenommen und noch einmal fachlich beraten. Herr Reim gibt aber gleich zu bedenken, dass mit keiner wesentlichen anderen Entscheidung zu rechnen ist, wie bereits zuvor getroffen wurde.

Zum zweiten Anliegen der Frau Haase informiert Herr Reim, dass dem obdachlosen Mann bereits des öfteren Hilfe angeboten wurde, er diese aber verweigert. Es ist grundsätzlich so, dass jede Person in der Bundesrepublik Deutschland das Recht auf Verwahrlosung hat.

Frau Berger, Vorsitzende des Gleichstellungsbeirates, spricht die Auflösung der AG „Sozialpass“ an und fragt nach, wie sich die Abgeordneten der Armut in unserer Stadt stellen wollen. Sollte in der heutigen Sitzung der Beschluss zur Auflösung der AG „Sozialpass“ gefasst werden, möchte Frau Berger wissen, wie sich die Abgeordneten dann den Problemen anderweitig stellen wollen.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Abgeordneter Teichmann, bemerkt zur Problematik der Auflösung der AG „Sozialpass“, dass die AG sich de facto selbst während ihrer letzten Sitzung aufgelöst hat. Die Stadtverordnetenversammlung hatte einen einstimmigen Beschluss gefasst, die AG ins Leben zu rufen. Im Ergebnis der Sitzungen wurde herauskristallisiert, dass es zu vielen Beschwerden, Missverständnissen und auch zu datenschutzrechtlichen Sachen kam. Auch Probleme, die an die AG herangetragen wurden, erhielten Berücksichtigung und wurden beraten. Der Stadtverordnetenversammlung obliegt jetzt die Aufgabe, die formelle Auflösung der AG „Sozialpass“ vorzunehmen.

Herr Otto, ist als Domführer im St. Marien-Dom tätig und kommt mit vielen Besuchern unserer Stadt zusammen. Er möchte erst einmal den Dank an die Stadt und den Abgeordneten weiter geben, dass die Besucher sich oft positiv äußern, dass in all den Jahren die Stadt eine gute Entwicklung genommen hat.

Des Weiteren spricht Herr Otto folgende Punkte an:

- Starke Verschmutzung des Geländes zwischen der Rudolf-Breitscheid-Straße und der Leistikowstraße und ein Stück der Hans-Thoma-Straße durch Abfälle. Es wird auch teilweise Unrat durch Kompakt-Fahrzeuge entsorgt.
- Verschmutzung des Stadtbildes in Fürstenwalde Nord durch herumliegendes Papier und Zeitungen, die durch die Zulieferer vor den Wohnhäusern zur Verteilung abgeladen werden. Das ist auch am Sonntag teilweise im Innenstadtbereich zu beobachten. Vielleicht könnten hier Ordnungsmaßnahmen für die Zulieferer der Zeitungen erteilt werden.
- Verschmutzung des Domumfeldes, so z. B. des Bananenkellers, die östliche Seite. Hierzu möchte Herr Otto auch wissen, ob die Stadt für diesen Bereich etwas geplant hat.
- Fußgängerampel Wassergasse und der Übergang vom Arbeitsamt hin zur Mühlenstraße Schaltung der Grünphase für Fußgänger zu kurz. Ältere Bürger, die auch mit einem Rollator fahren, schaffen es oft nur bis zur Mitte der Straße. Er bittet um eine Prüfung, ob hier nicht eine längere Grünphase geschaltet werden könnte.

Der Bürgermeister bemerkt dazu, dass die Verwaltung die Anfragen des Herrn Otto prüfen und zur Klärung der Hinweise Herrn Otto zu einem Termin einladen wird.

TOP 8 Drucksachen öffentliche Sitzung

TOP 8.1 Bestätigung des Haushaltsplanes 2007

4/435

Über die Drucksache wird zu einem späteren Zeitpunkt in einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09.5.2007 beraten und entschieden.

Zurückstellung Ja 27

TOP 8.2 Ausführungsbeschluss zum Bauvorhaben Mühlenstraße 2. und 3. BA sowie Fischerstraße

4/441

Beschluss:

Dem Ausbau des 2. und 3. Bauabschnittes der Mühlenstraße, des Platzes an der Wassergasse mit der Skulptur (Rad), sowie der Fischerstraße gemäß der vorliegenden Ausführungsplanung wird zugestimmt.

Zustimmung Ja 27

TOP 8.3 Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem von der Stadt Fürstenwalde veranstalteten Wochenmarkt (Wochenmarktgebührensatzung)

4/445

Abgeordnete Czerwinske geht kurz auf einen Artikel in der Märkischen Oderzeitung ein, in dem der Sachverhalt so dargestellt wurde, dass die Händler keine Informationen von der Verwaltung über die Erhebung von Standgebühren auf dem von der Stadt Fürstenwalde veranstalteten Wochenmarkt erhalten hätten. Dazu möchte Abgeordnete Czerwinske eine Erläuterung von der Verwaltung.

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, bemerkt dazu, dass die Stadt verpflichtet ist, bei kostenrechnenden Einrichtungen auch kostendeckend Gebühren im Rahmen der Gesetze zu erheben. In dem Moment werden die Gebührenpflichtigen nicht befragt, ob sie Gebühren zahlen wollen oder nicht. Die Gebührensatzung wird beschlossen und gegen den Gebührenbescheid kann dann Widerspruch erhoben werden.

Zum Vergleich zur Stadt Beeskow, die eine Standgebühr auf dem Wochenmarkt von 3.00 € erhebt, wird von der Stadt Fürstenwalde eine Standgebühr von 2,50 € festgesetzt.

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem von der Stadt Fürstenwalde veranstalteten Wochenmarkt (Wochenmarktgebührensatzung) wird in vorliegender Fassung beschlossen.

Zustimmung Ja 23 Nein 3 Enthaltung 1

**TOP 8.4 Vorranggebiet Wohnen Innenstadt
hier: Beschluss über die Abgrenzung der Gebietskulisse**

4/448

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das in der Anlage 1 dargestellte „Vorranggebiet Wohnen Innenstadt“ als Fördergebietskulisse zur Wohnraumförderung festzusetzen.

Zustimmung Ja 27

TOP 8.5 Anhebung des Kassenkreditrahmens für das Haushaltsjahr 2007

4/456

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, gibt eine ausführliche Erläuterung zur Anhebung des Kassenkreditrahmens für das Haushaltsjahr 2007. Die Drucksache wird heute zusätzlich zur Tagesordnung behandelt. Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, macht noch einmal deutlich, dass es hier nicht um eine Genehmigung von Kreditaufnahmen geht, sondern um die Sicherstellung der Liquidität der Stadt Fürstenwalde.

Abgeordnete Czerwinske fragt nach, warum im Vorfeld vor der Verabschiedung des Haushaltes 2007

über diesen Kreditrahmen abgestimmt wird.

Herr Hengst bemerkt noch einmal dazu, dass der Kreditrahmen von 6,5 Mio. Euro ausgeschöpft ist und die Verwaltung bis zum 09.5.2007 noch Zahlungen vornehmen muss, so z. B. die Kreisumlage, Personalkosten. Bei den Zahlungen sind dabei die Fälligkeiten einzuhalten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Kassenkreditrahmen für das Jahr 2007 der Stadt Fürstenwalde auf 8,5 Mio € festzusetzen.

Zustimmung Ja 27

TOP 8.6 Auflösung der AG "Sozialpass"

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Abgeordneter Teichmann, räumt den Fraktionen ein, sich den Anfragen der Vorsitzenden des Gleichstellungsbeirates, Frau Berger, zu stellen.

Abgeordnete Fiedler als Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Sozialpass“ legte den Standpunkt der AG „Sozialpass“ dar. Am 8.2.2007 kam in der AG die Diskussion auf, in der die Mehrzahl der in der AG vertretenden Fraktionen die Meinung äußerten, dass es in der Stadt Fürstenwalde in allen städtischen Einrichtungen entsprechende Ermäßigungen gibt. Dort wo keine Ermäßigungen gewährt werden, sind die Ermäßigungen finanztechnisch nicht machbar. In den ausführlichen Diskussionen wurde auch über die Vereine gesprochen, inwieweit hier Ermäßigungen für betroffene Bürger gewährt werden. Man kam dann zu der Erkenntnis, dass auch die Vereine keine weiteren Ermäßigungen vornehmen können, da sie dann selbst in finanzielle Schwierigkeiten geraten würden.

In der Arbeitsgruppe selbst wurde dann der Vorschlag unterbreitet, die Arbeit der AG „Sozialpass“ zu beenden. Der Vorschlag wurde in der Arbeitsgruppe abgestimmt und mit einer Gegenstimme angenommen. Die Arbeitsgruppe „Sozialpass“ stellt in der heutigen Stadtverordnetenversammlung den Antrag, die Arbeitsgruppe aufzulösen.

In der weiteren Diskussion spricht die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei. PDS, Abgeordnete Paschek, die den Standpunkt ihrer Fraktion noch einmal darlegt. Die Linkspartei. PDS war auch die einreichende Fraktion für die Einführung eines Sozialpasses in der Stadt Fürstenwalde. Die Fraktion ist davon ausgegangen, dass der Sozialpass für Menschen in unserer Stadt sein soll, die ein geringes Einkommen haben. Mit dem Sozialpass sollte Ihnen die Möglichkeit gegeben werden, am sozialen Leben in der Stadt teilzunehmen. Die Linkspartei. PDS ist nicht davon ausgegangen, dass die Arbeitsgruppe gebildet wird und mit verschiedenen Aufgaben bestückt wird, die dann die Stadtverwaltung am Ende tragen sollte. Die Fraktion war der Auffassung, sich auch an Privatunternehmen zu wenden und sie zu bitten darüber nachzudenken, für einen bestimmten Personenkreis für ihre Leistungen günstigere Preise zu gewähren. In vielen Städten ist die Einführung des „Sozialpasses“ sehr erfolgreich. Die Linkspartei. PDS ist der Auffassung, dass es keinen Sinn macht eine Arbeitsgruppe mit Gewalt am Leben zu erhalten, wenn die anderen Fraktionen der Auffassung sind, dass ein Sozialpass in der Stadt Fürstenwalde nicht notwendig ist.

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordnete Czerwinske, bemerkt dazu, dass die Fraktion es sich gewünscht hätte, die Arbeitsgruppe zu erweitern durch die Vertreter der betroffenen Institutionen bzw. Initiativen. Der Vorschlag war in der AG nicht mehrheitsfähig. Abgeordnete Czerwinske ist auch der Meinung, dass die Arbeitsgruppe dennoch sehr konstruktiv gearbeitet hat. In den Diskussionen kam auch deutlich zum Ausdruck, dass über viele Vorschläge beraten wurde ohne dabei den Haushaltsrahmen zu kennen. Es ist allen bekannt, dass es in der Stadt Armut gibt, aber nicht alle Probleme wurden von der Stadt verursacht. Konsens war und ist es, dass die Stadt sich bemüht, die vorhandenen Jugendeinrichtungen zu erhalten.

Abgeordnete Wagner, Vorsitzende der SPD-Fraktion, spricht für ihre Fraktion. In der Arbeitsgruppe wurden Forderungen aufgemacht, die den möglichen Rahmen weit überzogen haben, da diese nicht mit Zahlen hinterlegt werden konnten. Es konnte nicht konkret benannt werden, welche Bevölkerungsgruppe gemeint ist. Die SPD-Fraktion hatte darauf hin ihren Antrag auf den Familienpass zurückgezogen. Die Fraktion ist davon ausgegangen, dass es jetzt ein Instrument des Landes Brandenburg ist, das in der Stadt Fürstenwalde mehr und mehr greift. Der SPD-Fraktion ist kein Sportverein bekannt, der in seiner Satzung nicht niedrigere Beiträge für sozial schwache Kinder, Schüler, Behinderte und Rentner gewähren. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, auch fraktionsübergreifend zu sprechen, dass es das Anliegen der Fraktionen sein muss, allen Bürgern der Stadt ein besseres Leben in allen Lebensbereichen zu gestalten, das aber auch finanzierbar sein muss. So lange die Abgeordneten aber nicht in der Lage sind sich in der Fraktion darüber zu einigen, wer gefördert werden und wie er gefördert werden soll und welche Summe im Jahr dafür im Haushalt bereitgestellt werden soll, kann der Vorschlag nicht umgesetzt werden.

Abgeordneter Ksink, war Mitglied der Arbeitsgruppe „Sozialpass“ und bemerkt dazu, dass er sich auch gegen die Äußerungen der Abgeordneten Paschek stellt und sich den Meinungen der Abgeordneten Czerwinske und Wagner anschließt. Die AG „Sozialpass“ hat es sich nicht leicht gemacht und alle Vorschläge, die eingebracht wurden, auch geprüft. Die AG ist zu dem Ergebnis gelangt, dass die Sportvereine, das Schwapp usw. bereits alle Möglichkeiten für Ermäßigungen, die sie gewähren können, ausgeschöpft sind.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Abgeordneter Petenati, spricht für seine Fraktion und widerspricht den Äußerungen, die in der Diskussion geführt wurden, dass die Arbeit der AG zu keinem Ergebnis geführt hat. Die Fraktion ist der Meinung, dass es schon Ergebnisse gebracht hat und zwar die, dass die Mehrzahl der Mitglieder der AG der Auffassung waren, die Arbeit der AG „Sozialpass“ einzustellen. Im Haushalt der Stadt sind viele Leistungen enthalten, die durchaus sehr sozial sind. So sind es viele Bezuschussungen für soziale Einrichtungen und Vereine, die von der Stadt bereits getätigt werden. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass private Unternehmen bereits durch Schaffung von Arbeitsplätzen soziale Leistungen schaffen und dass diese oberste Priorität in der Stadt haben muss.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde beschließt die Auflösung der Arbeitsgruppe „Sozialpass“. Der gefasste Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung vom 14.6.2007 wird damit aufgehoben.

Zustimmung Ja 19 Nein 1 Enthaltung 7

TOP 9 Anfragen der Abgeordneten

Abgeordnete Meinel spricht die Bewässerung der neu gepflanzten Bäume am Doppelgänger und zwischen der R.-Havemann-Straße und in der Otto-Nuschke-Straße an. Eine Bewässerung ist hier dringend notwendig. Abgeordnete Meinel unterbreitet den Vorschlag, ob es nicht möglich wäre, dass hier die Mieter der Wohnhäuser eine Patenschaft für die Bewässerung der Bäume übernehmen könnten.

Dazu antwortet die Beigeordnete, Frau Fellner.

Die Verwaltung hat für den Städtischen Betriebshof – Kommunalen Eigenbetrieb einen Auftrag ausgelöst, eine regelmäßige Bewässerung der Jungbäume vorzunehmen.

Die zwei Ahornbäume am Doppelgänger sind durch den Stand in der versiegelten Fläche so beschädigt und sind dadurch abgängig.

Die Nachfrage der Abgeordneten Fiedler bezieht sich auf eine Bürgeranfrage aus der Stadtverordnetenversammlung vom 21.9.2006. Hier äußerte eine Bürgerin die Bitte, dass die Verwaltung prüfen möge, ob die Möglichkeit besteht, an dem Fußgängerüberweg am Städtischen Gymnasium und an der 2. Grundschule eine Fußgängerampel für Schüler zu installieren und gleichzeitig das Tempo in der Geschwister-Scholl-Straße/Ecke Reinheimer Straße bis zum Fußgängerüberweg auf Tempo 30 zu reduzieren.

Die zweite Anfrage der Abgeordneten Fiedler bezieht sich auf den Sachstand zum Kinoneubau.

Abgeordnete Fiedler informierte noch, dass am 28.4.2007 in der Zeit von 10. – 12.00 Uhr auf Initiative der Plattform gegen Rechts eine Säuberungsaktion im Gebiet des ehemaligen KZ Außenlagers Sachsenhausen in der Nähe des Fuchsbaus stattfindet.

Die Erste Beigeordnete, Frau Fellner, antwortet zur ersten Anfrage der Abgeordneten Fiedler.

Die Verwaltung hatte einen entsprechenden Antrag an das Straßenverkehrsamt auf Geschwindigkeitsbegrenzung in der Kirchhofstraße (Schülerübergang) gestellt. Das Straßenverkehrsamt hatte den Antrag der Verwaltung abgelehnt. Durch die Verwaltung wurde dann gegen die Ablehnung Widerspruch eingelegt und um Unterstützung der Polizei gebeten. Die Polizei hat dann an mehreren Tagen Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Es lagen keine Geschwindigkeitsüberschreitungen vor. Das Straßenverkehrsamt hat somit erneut die Einleitung einer Tempo30 Zone abgelehnt.

Zum aktuellen Sachstand Kinoneubau informiert Frau Fellner, dass mit dem Eigentümer der Immobilie Kontakt aufgenommen wurde und dass die Stadt die Möglichkeit hat über das Programm Städtebauförderung Hilfe anzubieten. Die persönliche Einschätzung des Eigentümers ist, dass an diesem Standort dauerhaft in diesem Gebäude keine großen Innovationen mehr zu erwarten sind, was den Kinoneubau betrifft.

Abgeordnete Paschek fragt nach dem aktuellen Sachstand, was den Schülerstrom durch die Umsiedlung des Oberstufenzentrums Standort Beeskower Chaussee zum Hauptstandort OSZ Palmnicken in der Trebuser Straße betrifft und hier die Absicherung durch den ÖPNV.

Eine zweite Anfrage bezieht sich auf den Ausbau der Trebuser Straße.

Dazu antwortet die Beigeordnete, Frau Fellner, dass eine Klärung mit dem Landkreis, Schulverwaltungsamt, herbeigeführt wurde und der Schülerverkehr über den regulären ÖPNV Verkehr abgesichert wird. In den Stoßzeiten werden dann zusätzliche Busse eingesetzt, so dass eine Absicherung gewährleistet ist.

Zu dem Ausbau der Trebuser Straße bemerkt Frau Fellner, dass mit den Bauarbeiten Mitte Juni an der B 861 begonnen wird. Im Bereich des Trebuser Sees werden die Bauarbeiten beginnen und bis Ende des Jahres in diesem Bereich anhalten. Die Gesamtbaumaßnahme der Trebuser Straße wird sich voraussichtlich bis 2009 hinziehen.

TOP 10 Informationen der Verwaltung

Die Beigeordnete, Frau Fellner, bittet die Abgeordneten zur Sondersitzung am 09.5.2007 die Drucksache zur Vergabe der Langen Straße zu beschließen. Der Termin ist sehr kurzfristig, aber die Verwaltung stellt sicher, dass die Drucksache rechtzeitig an die Abgeordneten verteilt wird.

Eine weitere Information gibt Frau Fellner, dass aus Restmitteln, die im ZiS Programm zur Verfügung stehen, ein Bootsanleger am Spreeuferbereich gebaut werden soll. Die Zusage für den Fördermittelbescheid ist heute bei der Verwaltung eingegangen. Somit hat die Stadt auch die Möglichkeit im Bereich des „Haus am Spreebogen“ einen Steg bauen zu können, an dem größere und kleinere Boote anlegen können und auch 6 Gastplätze.

TOP 11 Beendigung der öffentlichen Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird beendet. Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Jürgen Teichmann
Vorsitzender

Schriftführer
